



Lina Rusch

Open-Data-Trilog startet in Straßburg

Für KI „made in Europe“ braucht es als „Futter“ mehr Daten. Dass mit der neuen Open-Data-Richtlinie auch öffentliche Unternehmen ihre Datenschätze teilen sollen, gefällt denen und der Bundesregierung aber gar nicht.

In den kommenden Wochen wollen die EU-Kommission, das Parlament und der Rat einen **Kompromiss** für die überarbeitete **Open-Data-Richtlinie** aushandeln. Heute ist die Auftaktsitzung im Trilog zur neuen **PSI-Richtlinie** („Public Sector Information“) geplant. Erstmals seit Inkrafttreten der Richtlinie im Jahr 2003 geht es nicht mehr nur darum, dass die öffentliche Hand selbst ihre Datenschätze öffnet. Die Europäische Kommission will mit ihrem [Vorschlag](#) auch erreichen, dass mehr **Daten von öffentlichen Unternehmen** und aus öffentlich finanzierten Forschungsvorhaben proaktiv veröffentlicht werden.

Die Kommission will die **Unternehmen „zum Jagen tragen“**, hieß es im Frühjahr, als der Vorschlag vorgestellt wurde. Der öffentliche Verkehr in London sei ein gutes Beispiel dafür, dass Verkehrsdaten eine **wertvolle Quelle für innovative Geschäftsmodelle** sein können, so die Kommission. Gerade auch Start-ups sollen davon profitieren. Es gelte deshalb auch bei den öffentlichen Sektoren anzusetzen. Der Vorschlag war zeitgleich mit weiteren Vorhaben zur **Datenwirtschaft** und für Künstliche Intelligenz veröffentlicht worden – denn KI braucht große Datenmengen, so der Konsens.

Kommunale Unternehmen schlagen Alarm

Aus Sicht des **Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)** würden die von der Kommission geplanten neuen Verpflichtungen die öffentlichen Unternehmen aber „strukturell und unwiederbringlich“ im **Wettbewerb** mit der privaten Konkurrenz behindern. „Bei allem Verständnis für das nachvollziehbare Anliegen, Rechtssicherheit zu schaffen und Chancen zu eröffnen: Der aktuelle Entwurf schießt eindeutig über das Ziel hinaus“, kritisiert VKU-Hauptgeschäftsführerin **Katherina Reiche**. „Das ist, als würden Sie bei einem Marathon antreten und der Schiedsrichter gibt ihren Gegnern 20 Kilometer Vorsprung.“

Die EU-Kommission adressiert mit ihrem Vorschlag explizit den Verkehrs- und Versorgungssektor. Der VKU wünscht sich mit Blick auf diese Märkte lieber „ein **Level-Playing-Field**: einen Rechtsrahmen, der gleiche Spielregeln für alle Marktakteure definiert und so fairen und transparenten Wettbewerb schafft“, so Katherina Reiche.

Wertvolle Datensätze

Der Kommissionsvorschlag sieht auch vor, dass die Weiterverwendung von Daten mit besonders hoher ökonomischer Bedeutung („**high value**“) gebührenfrei sein soll und die Informationen für Live-Anwendungen über **geeignete Schnittstellen (APIs)** verfügbar gemacht werden sollen. Solche zusätzlichen Auflagen befürchten auch die öffentlichen Unternehmen und kritisieren das **Verfahren**, mit dem die Brüsseler Behörde im Nachhinein bestimmen will, welche Sektoren darunterfallen sollen. Aus Sicht des VKU habe die EU-Kommission dazu „**keine Befugnis**“. Das Parlament hingegen sieht in seinem Entwurf gleich von vornherein eine Liste von Bereichen vor, für die die erweiterten Regeln gelten sollen, zum Beispiel für Geo-, Wetter-, und Verkehrsdaten sowie Unternehmensregister.

Wie Mitgliedstaaten die Daseinsvorsorge, also die Versorgung mit Wasser, Strom und Wärme, schnellem Internet sowie die Abfallentsorgung, organisieren, sei höchst unterschiedlich, erklärt der VKU. Auch könne es „keine klare und einheitliche Definition“

der Daten geben, „die den unterschiedlichen Situationen in den Ländern gerecht wird“. Deshalb sollten die **Mitgliedstaaten selbst festlegen** können, ob und welche Daten der öffentlichen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden müssen, fordert der Verband.

Dass ein solches Entscheidungsprinzip in Deutschland **im Sinne der kommunalen Unternehmen** ausfallen würde, ist anzunehmen. Unter anderem wegen deren Sorgen hatte Deutschland im Rat „**erheblichen Prüfbedarf** zur Erweiterung des Anwendungsbereichs“ auf öffentliche Unternehmen angemeldet. Unterstützung kam dabei aus Luxemburg. Das geht aus interner Regierungskommunikation vor, die dem Background vorliegt. Besonders für **Ausnahmen im Bereich Verkehr** hatte sich Deutschland stark gemacht.

Die Bundesregierung hatte nach Background-Informationen beim Telekommunikations-Rat Anfang Dezember **als einziges Land gegen** die von Österreich ausgehandelte Ratsposition gestimmt. Im Vorfeld hatte Deutschland angekündigt, nur für diesen Kompromiss stimmen zu wollen, wenn die öffentlichen Unternehmen zumindest **Gebühren für die Bereitstellung der Daten erheben** dürfen.

Deutschland hat bei der Richtlinie blockiert

„In wohlinformierten Kreisen gilt Deutschland als **einer der größten Bremser** bei der PSI-Richtlinie unter den Mitgliedstaaten“, sagt **Walter Palmethofer** von der Open Knowledge Foundation. „Das passt nicht zum erklärten **Ziel der Bundesregierung**, Open Data und Digitalisierung vorantreiben zu wollen.“ Heute Nachmittag berichtet ein Vertreter des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) den Abgeordneten im Verkehrsausschuss des Bundestages zu den Ergebnissen des Rates und dem anstehenden Trilog – dem Vorabbericht zufolge aber eher in knapper Form.

Weiteres Verfahren

Am 5. Dezember hat der federführende **Industrie-Ausschuss** (ITRE) im Parlament für das Verhandlungsmandat gestimmt. Wenn bis gestern um Mitternacht – Redaktionsschluss war vor null Uhr – keine größere Zahl von Abgeordneten Protest dagegen eingelegt hat, gehen **heute** die Trilogverhandlungen los, ohne dass das Plenum des Parlaments dem [Text](#) noch einmal zustimmen müsste. Eine Annahme gilt als wahrscheinlich.

Wenn die Verhandlungen losgehen, sitzt auch die **künftige rumänische Ratspräsidentschaft** schon als Zuhörer mit am Tisch. Sie übernimmt zum 1. Januar den Vorsitz im Rat von Österreich. Ein Abschluss des Trilog-Verfahrens kann also für Anfang 2019 erwartet werden. Ab dann soll eine zweijährige Übergangsfrist gelten – genug Zeit für die Bundesregierung, um die nationale Open-Data-Gesetzgebung anzupassen und für die Kommission, um Datensätze von besonderem Interesse zu definieren.